Pressespiegel vom 04. bis 06.02.2012

Sächsische Zeitung

"Das ist uns Bockwurst, wir machen es!"
Von Gunnar Saft

Das "Bündnis Dresden nazifrei" will im Februar erneut Rechtsextremisten blockieren. Dass die ihren Aufmarsch überraschend abgesagt haben, stört nicht.

Gesine Lötzsch, Parteichefin der Linken, hat ein Problem: Die Politikerin sitzt im Versammlungssaal des Dresdner Gewerkschaftshauses auf dem Fußboden und weiß sofort, welche Kleidung für eine Straßenblockade völlig ungeeignet ist: "Einen Rock ziehe ich am 18. Februar nicht an", murmelt sie genervt. Unterdessen klicken die Kameras der Pressefotografen. Ein Fernsehteam macht Nahaufnahmen.

Das Bündnis "Dresden nazifrei" hat am Freitag zum öffentlichen Blockadetraining gerufen, und einige Dutzend Unterstützer sind gekommen. Offenbar alles schon Profis, denn an den praktischen Übungen "einfache Querreihe sitzend" und "Doppelreihe nach hinten" beteiligen sich nur wenige. Auch die vorherige Info-Stunde bietet für sie kaum Neues. Straßenblockaden seien legitim, solange sie nicht von der Polizei aufgelöst werden sollen, beharrt Johannes Lichdi vom Podium aus. Nur wenn es zur Auflösung komme, müsse jeder für sich selbst entscheiden, wie weit er gehe. Der Jurist und Landesabgeordnete der sächsischen Grünen sieht darin einen wichtigen Unterschied. "Straßenblockaden werden nur in Sachsen kriminalisiert", wettert danach der Politiker Lichdi in die Runde angesichts von 900 Verfahren, die die Justiz bisher gegen Dresdner Blockadeteilnehmer angestrengt hat. Den meisten Zuhörern im Saal scheint das egal. "Das ist uns Bockwurst, wir machen es einfach", sagt Benjamin Kümmig vom Dresdner Bündnis und beantwortet damit gleichzeitig die einzige Frage, die von den Besuchern gestellt wird: Sollen wir kommen, auch wenn die Neonazis ihren Aufmarsch vorerst abgesagt haben? Kümmig nickt. Die Busse sind bestellt, die Tickets Selbstläufer, erklärt er. Und wenn kein Nazi auftaucht, sei das auch ein Sieg. Ach so, Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich ist diesmal herzlich eingeladen, sich an den Blockaden zu beteiligen. "Es wird für ihn sicher eine positive Erfahrung", lockt Kümmig. Die Runde lacht wissend und ist zufrieden. http://www.sz-

online.de/Nachrichten/Politik/Das_ist_uns_Bockwurst_wir_machen_es/articleid-2979890

Erste "Dresdner Rede" 2012 lobt Konsens gegen Rechts

Dresden. Dresden sieht sich vor dem 67. Jahrestag seiner Zerstörung auf dem Weg zu einer neuen demokratischen und politischen Kultur. Erstmals sei es gelungen, im Konsens Gedenken und zugleich friedlichen Protest gegen geplante Aufmärsche von Neonazis in der Stadt vorzubereiten, betonte der Theologe Frank Richter am Sonntag. Er warb zugleich darum, dem Vorschlag der von ihm moderierten städtischen Arbeitsgruppe zu folgen: "Bilden Sie am 13. Februar gemeinsam eine Menschenkette und nehmen Sie an der politischen Kundgebung am 18. Februar und an der sich anschließenden Kundgebung möglichst zahlreich teil", appellierte Richter.

Richter hatte in den vergangenen Monaten zusammen mit allen im Stadtrat vertretenen Parteien und Vertretern vieler gesellschaftlicher Gruppen die Veranstaltungen rund um den Jahrestag der Zerstörung Dresdens vorbereitet. Die Stadt war am 13. und 14. Februar 1945 bei Bombenangriffen stark zerstört worden. Das Gedenken der Bürger wurde in den vergangenen Jahren immer wieder von Neonazi-Aufmärschen und Auseinandersetzungen zwischen Links und Rechts überschattet.

Auch in diesem Jahr gibt es Aufrufe zur Blockade von Neonazi-Aufmärschen, die die von Richter moderierte Arbeitsgruppe "13. Februar" aber ausdrücklich ablehnt. Eine für den 18. Februar geplante Rechten-Demo wurde inzwischen abgesagt. Unklar ist, ob die rechte Szene nicht doch noch eine Demonstration anmeldet.

Richter, auch Chef der Landeszentrale für politische Bildung, hielt am Sonntag im Schauspielhaus die erste "Dresdner Rede" des Jahres. Die 1992 begründete Reihe mit Meinungsäußerungen von Politikern und Künstlern ist in diesem Jahr dem Thema Demokratie gewidmet. (dpa)

http://www.sz-

online.de/Nachrichten/Dresden/Erste_Dresdner_Rede_2012_lobt_Konsens_gegen_Rechts/articleid-2980605

Die Stadt auf der Couch

Von Annette Binninger

Erstmals wollen in Dresden alle Demokraten gemeinsam am 13. und 18. Februar gedenken und ein Zeichen gegen Rechts setzen. Doch bis dahin war es ein weiter Weg, sagt Frank Richter, der die Vorbereitung moderierte.

Der Weg zu einem Kompromiss ist bisweilen steinig. In Dresden manchmal schier unmöglich. Besonders wenn es um das Gedenken an die Bombennacht des 13. Februar geht. Frank Richter kennt das Problem. Zweifellos am besten. Denn der Theologe und Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, bemüht sich seit einem halben Jahr darum, als Moderator der Arbeitsgruppe (AG) "13. Februar" zwischen Parteien, Verbänden und Gruppierungen zu vermitteln. Denn in diesem Jahr sollen die Reihen der Demokraten geschlossen sein. Gegen die Rechtsextremisten, die wie in jedem Jahr wieder aufmarschieren wollen. Erstmals könnte dieser Konsens der Demokraten gelingen. Eine Menschenkette soll am 13. Februar die Innenstadt zum stillen Gedenken schützend umschließen. Nur eine Woche später soll es erstmals eine gemeinsame Großkundgebung aller demokratischen Parteien geben.

Wenig habe die AG am Ende erreicht, fasste Richter dennoch gestern zum Auftakt der "Dresdner Reden" im vollbesetzten Schauspielhaus das Ergebnis seiner Arbeit zusammen. Aber dennoch sei es "ein Fortschritt für die demokratische und politische Kultur unserer Stadt". Eine Chance, sich näher zu kommen, über alle parteipolitischen Grenzen hinweg. Dass er selbst mehr wollte, ist zwischen den Zeilen herauszuhören. Aber das Wenige sei schwer genug zu erreichen gewesen, gewährte Richter einen ehrlichen, schonungslosen, teils auch humorvollen Einblick in die Leiden des Moderatorendaseins.

Hin und wieder habe er sich schon gefragt: "Gehört Dresden auf die Couch?" Er

habe daran gezweifelt, ob in dieser Stadt auch an nur zwei Tagen im Februar, an nur zwei Tagen im Jahr, gemeinsame Politik überhaupt gelingen könne. "Wenn so viele Akteure nicht einmal bereit sind, miteinander zu reden, sondern nur übereinander." Die Aversionen zwischen den Parteien, Verbänden und Gruppierungen seien zum Teil so weit gegangen, dass er bisweilen den Eindruck gehabt habe, manche wären "nicht einmal in der Lage, sich mit ihrem Gegner gemeinsam über schönes Wetter zu freuen". An manchen Tagen habe er sich daher schon gefragt: "Bin ich hier in einer Arbeitsgruppe oder befinde ich mich in der monatlichen Zusammenkunft einer Verhinderungsmafia, auf der die Clanchefs ihre Operations- und Hoheitsgebiete gegeneinander abstecken und deutlich machen, was wo und warum nicht geht."

Frank Richter hat das erschreckt, aber nicht abgeschreckt. Er ist ein Moderator, ein Mäßiger im Wortsinne, mit reichem Erfahrungsschatz. Ein Stück deutsche, ein Stück Dresdner Geschichte, hat dem 51-jährigen die wohl wichtigste Qualifikation für diese Schlichter-Aufgabe mitgegeben. Im Herbst 1989 vermittelte Richter, damals noch katholischer Priester an der Hofkirche, zwischen Demonstranten und Polizisten. Auf der Straße, zwischen den Fronten. Nur mit der Macht des Wortes. Damals lagen die Positionen weiter auseinander als nach der Wende fast jedes Jahr in Dresden, wenn es um die Tage im Februar geht.

Nur ein stilles Gedenken kann es nicht mehr geben, sagt Richter. Die Stadt brauche eine politische Botschaft, damit die Tage nicht von Rechtsextremisten missbraucht werden. Doch eine gemeinsame Ausgestaltung war bisher nicht möglich. Vor allem die Frage der Blockade von rechtsextremistischen Aufmärschen trennt die Parteien. Alles wie in jedem Jahr, schien es zunächst. Bis Richter begann zu vermitteln. "Wie können wir der Gefahr des Extremismus wirksam begegnen, wenn wir selbst nicht bereit sind, unsere eigenen, zum Teil extremen Positionen infrage zu stellen", mahnt er und fordert "mentales und verbales Abrüsten". In der Demokratie gehe es nicht um Dogmen, sondern um Kompromisse. Aufeinander zugehen sei gefragt. Auch wenn am Ende alle ein wenig unzufrieden seien. Aber das liege eben auch in der Natur eines Kompromisses. "Das Wichtigste ist, die Entscheidung des Gewissens des anderen zu respektieren, sie muss nicht akzeptiert werden", sagt Richter. Und niemand dürfe die Form des eigenen Protestes als moralisch höherwertig erachten als die andere.

"Wer einen Hammer hat, für den ist jedes Problem ein Nagel", sage ein Sprichwort. Und jeder habe einen Hammer, also ein bewährtes, Denk- und Handlungsmuster, ein Instrument, mit dem er Probleme löse. Doch wenn es ein neues Problem gebe, dann seien neue Wege gefragt. "Dann müssen wir alle unsere Hämmer beiseite legen", fordert Richter mehr Dialog.

Wenn die Stadt mal wieder einen Moderator suche, dann solle sie sich doch mal an die alte Tradition des Ablasshandels erinnern, rät er. Damals habe man sich in falsch verstandener Weise regelrecht freikaufen können von Schuld und Sünde. Dabei bestehe der wahre Sinn des Ablasses doch darin, mit begangenen Fehlern abschließen und neu anfangen zu können. Dieses Instrument, eine Art Vertrag, funktioniere auch ohne christlichen Glauben und ohne Gott, ermuntert der Theologe. Und warnt zugleich: "Eine Gesellschaft, die weder über eine Vorstellung noch über eine Technik verfügt, von der ständigen Vorhaltung vergangener Verfehlungen abzulassen, die nicht abfinden und sich selbst nicht abfinden kann, läuft heiß im Laufrad der Prinzipienreiterei." In diesem Sinne sei Politik ein großer Ablasshandel.

Es gehe darum, manches auf sich beruhen zu lassen. "Das ist nicht einfach und nicht gut. Aber besser als jede Alternative", sagt Richter. Noch aber stecke auch in den Dresdnern zu viel vom Michael Kohlhaas und zu wenig von Nathan dem Weisen.

Konfliktbeladen bleibe die Frage von Blockaden, räumt Richter ein. Er hatte sich stets dagegen ausgesprochen, die AG einigte sich darauf, aus ihren Reihen dazu nicht aufzurufen. Und dennoch hält Richter zivilen Ungehorsam für einen "Ausdruck einer lebendigen Demokratie" und verteidigt ihn. "Wir können nicht einerseits die Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus und die friedlichen Revolutionäre des Jahres 1989 ehren und andererseits ausschließlich legalistisch argumentieren." Der Staat müsse aufhören, "die Aufmärsche der Feinde der Demokratie zu schützen vor denen, die sie verteidigen wollen." Polizei und Gerichte beriefen sich immer nur auf die politische Ordnung. "Sie lassen eine politische Haltung vermissen." – Großer Applaus im Schauspielhaus.

Wenig sei am Ende seiner Moderation herausgekommen. Die Menschenkette und die Kundgebung wenige Tage später. Und dennoch sieht Richter es als Erfolg. Dennoch ist er vorsichtig. Die Arbeit der AG ende in wenigen Tagen. Für die Stadt dürfte das Thema damit noch lange nicht vorüber sein. Und so versucht Richter, in seiner Rede tiefer zu gehen. Er vermisse oft den Blick für die Probleme hinter den Problemen, sagt er behutsam. Ohne Zeigefinger, eher väterlich. "Ich bitte alle, die rufen: "Nazis raus!", einmal innezuhalten und zu überlegen, ob es nicht besser heißen müsste: "Nazis rein!". Zwar sei jeder Nazi als Nazi in unserer Gesellschaft unerwünscht. Doch jeder Nazi gehöre als Mensch und als Mitbürger dazu – so wie jeder andere Mensch und jeder andere Mitbürger. Kein Mensch werde als Nazi geboren. "Die zurück Gebliebenen sind allzu oft die zurück Gelassenen", sagt Richter. Demokrat zu sein, beweise sich im Umgang mit Minderheiten. "Wenn es uns gelingt, den Feinden der Demokratie die besseren Argumente entgegenzusetzen und sie nicht aus der Demokratie zu entlassen – auch dann nicht, wenn sie sich selbst aus dieser entlassen wollen." Demokraten müssten "Integrationskompetenz" zeigen. Sie müssen, sagt Richter, die Kraft aufbringen, auch solche jungen Leute in die Gesellschaft zurückzubringen, die niemals in dieser Wertegemeinschaft angekommen seien. "Schauen wir in die Gesichter der Schwarz-, sprich: der Trauer-Tragenden, dieser meist jungen Leute. Wir könnten auf den nicht abwedigen Gedanken kommen: Sie tragen Schwarz, sie tragen Trauer, weil sie niemals angekommen sind in unserer Gesellschaft. Wir sehen Schwächen. Wir sehen Schwache, die nicht länger von den Falschen stark gemacht werden dürfen."

Die ganze Rede unter www.sz-online.de/richter http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2980698

Rechtsradikale abwehren

Viele Dresdner rufen auf, sich am 13.Februar in die Menschenkette einzureihen. Die SZ fragt nach ihren Gedanken zum Gedenken. Heute: Opern-Intendantin Ulrike Hessler.

Politiker und Sportler, Künstler und Wissenschaftler – unzählige Dresdner reihen sich am 13.Februar in die Menschenkette ein. Um an die Vergangenheit zu erinnern und ein Zeichen gegen den Missbrauch des Gedenkens durch Rechtsextreme zu setzen. Mit dabei ist auch Ulrike Hessler, seit anderthalb Jahren Intendantin der Semperoper.

Vorher lebte sie in München und machte dort ganz andere Erfahrungen mit dem Gedenken an Krieg und Zerstörung.

Frau Hessler, Sie werden sich am 13.Februar in die Menschenkette einreihen – als Opernintendantin oder als Privatperson?

Beides. Wenn ich nicht Opernintendantin wäre, würde ich trotzdem hingehen. Ich war in den letzten Jahren immer dabei.

Wie haben Sie dieses Ereignis in den vergangenen Jahren erlebt?

Ich fand es ungeheuer eindrucksvoll. Zum Beispiel den Moment, als sich die Menschenkette zum ersten Mal geschlossen hat. Obwohl man immer hofft, dass dieses Symbol tragkräftig genug ist. Aber ich habe in der Menschenkette sehr viele interessante und berührende Kontakte mit anderen Menschen gehabt und denke: Genau so sollte es sein.

Sie haben lange in München gelebt, die Stadt wurde ebenfalls stark im Krieg zerstört. Wie groß ist der Unterschied der Gedenkkultur an beiden Orten?

Gigantisch. In München gibt es keine Erinnerungskultur an die Zerstörung. Das war nie ein Thema. Aber ich bin Jahrgang1955 und hab rudimentäre Erinnerungen daran, als das Nationaltheater in Trümmern lag und die Residenz noch nicht wieder aufgebaut war. Ich denke, die Dresdner Situation ist deshalb anders, weil die Stadt ja bis zum 13. Februar nie angegriffen wurde.

Wie überrascht waren Sie über die intensive Auseinandersetzung in Dresden?

Da ich schon seit 1997 meinen zweiten Wohnsitz in Dresden habe, habe ich das sporadisch immer miterlebt. Man muss sich mit dem Thema und der Historie der Stadt befassen, um es zu begreifen. Ich bin 1990 das erste Mal durch die Ruinen hier gegangen, und das war ein schockierender Eindruck. Das war natürlich ein ganz anderes Gefühl, als wenn man zur selben Zeit durch München gegangen ist. Deshalb hab ich versucht, mich in dieses Thema hineinzufinden, obwohl es mir anfangs sehr einseitig vorkam. Ich fand, dass die Opferrolle von Dresden sehr stark betont und zu wenig diskutiert wurde – jedenfalls habe ich das so wahrgenommen. Aber ich bin froh, dass die Diskussion in den vergangenen Jahren sehr offen und vehement geführt wird. Man kommt besser mit einer Situation zurecht, wenn man darüber spricht.

Aber wird in Dresden mittlerweile nicht auch zuviel darüber gesprochen?

Es scheint ja eine Notwendigkeit zu sein, sonst täten die Leute es nicht. Es zwingt ihnen niemand auf. Wenn es ein Bedürfnis ist, muss man dem nachkommen.

Wieso haben die Dresdner ein so großes Bedürfnis, sich damit auseinanderzusetzen – im Gegensatz zu den Münchnern?

Alles ist viel präsenter. München war mit dieser Diskussion spätestens nach der Olympiade1974 fertig. Da gab es in der Innenstadtbebauung zwar auch noch Lücken, aber die wurden nicht mehr wahrgenommen. Man müsste vielleicht eher die

Erinnerungskultur einer Stadt wie Würzburg zum Vergleich heranziehen, die ja noch nach Dresden in einer Nacht zerstört wurde. Dresden hatte aber immer eine besondere Situation, auch durch die Isolierung in der DDR-Zeit. Außerdem haben die meisten Menschen noch zwischen den Ruinen gelebt.

Wird auch hier die Verarbeitung irgendwann beendet sein?

Die jüngeren Leute werden anders damit umgehen, weil sie an den Krieg und die Folgen keine direkten Erinnerungen mehr haben. Ein anderer, wichtiger Punkt ist, dass sich die Rechtsradikalen hier auf den Plan gerufen gefühlt haben, und das muss man abwehren. Die Diskussionen über die Genehmigungen der Kundgebungen und deren Abwehr ist ja so schwierig.

Wie stark ist die Rolle der Bühne in dieser Debatte?

Die Oper hat schon immer eine starke Haltung vertreten. Zum Beispiel wird auf Initiative unseres Personalrats jedes Jahr ein Transparent mit einem Statement an der Fassade enthüllt. In diesem Jahr schließen sich nun alle Theater der Stadt an und haben einen Spruch von Erich Kästner ausgewählt: "An allem Unfug, der passiert, sind nicht etwa nur die schuld, die ihn tun, sondern auch die, die ihn nicht verhindern."

Welchen Platz sollte das Gedenken Ihrer Meinung nach in Dresden finden?

Gedenken ist wichtig, aber es sollte, wie es ja bereits passiert, mit Diskurs um die Prävention verbunden sein. Ein Beitrag der Semperoper ist die Verleihung des Friedenspreises. Dabei geht es auch immer wieder um die Fragen: Was können wir aus der Geschichte lernen, und wie können wir so etwas in Zukunft verhindern?

Aber ganz ehrlich, sind Sie nicht auch erleichtert, wenn die Diskussionen und Veranstaltungen um den 13.Februar wieder vorbei sind?

Ich bin eher erleichtert, wenn die Nazis weg sind. Nicht Veranstaltungen wie die Menschenkette, sondern die Demonstration der Rechtsradikalen und das radikale Umfeld sind das Belastende.

Interview: Doreen Hübler

In Dresden hat der Verkauf der Weißen Rosen begonnen, unter anderem in den Dresdner SZ-Treffpunkten. Die Blume gilt als Symbol gegen den Missbrauch des Gedenkens an die Zerstörung der Stadt. Die Weiße Rose kostet zwei Euro, 75Cent davon gehen an die Stiftung Toleranz.

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Rechtsradikale_abwehren/articleid-2980340

Schuften bis zum Tod

Von Reinhardt Balzk und Monika Dänhardt

32000 Zwangsarbeiter hielten im Zweiten Weltkrieg die Dresdner Industrie am Laufen

Es war 1967 oder 1968. In der Tabak-Uni Dresden, einem bekannten Maschinenbaubetrieb auf der Zwickauer Straße, fand die Mitarbeiterin Freia Mütterlein bei einer Inventur im Betriebsarchiv ein Bündel Karteikarten. Es waren Stammkarten von Zwangsarbeitern, meist russischer, ukrainischer oder weißrussischer Nationalität, 120 Zeugnisse von etwa 1000 Zwangsarbeitern, die im Vorgängerbetrieb Universelle Dresden eingesetzt worden waren. Sie hatten zur Front abkommandierte Beschäftigte zu ersetzen. Nicht nur in diesem Betrieb wurde die Produktion nur durch sie am Laufen gehalten. Untergebracht waren die Zwangsarbeiter der Universelle unter anderem in Lagern am damaligen Kronprinzenplatz und auf der Hahneberger Straße. Die Karteikarten stehen für Schicksale. So war zu erfahren, welchen dürftigen Lohn die Zwangsverpflichteten erhielten. Er lag bei 32 bis 64 Pfennigen. Doch selbst davon sahen die Männer und Frauen kaum etwas. Genau ist auf den Karten aufgelistet, wer eine Jacke, eine Hose oder Bluse erhalten hat. Dazu kamen die Kosten für Unterbringung und Verpflegung, auch wenn beides kaum als solches zu bezeichnen war, die abgezogen wurden.

Das Essen im KZ war besser

Noch schlechter dran waren die 700 weiblichen KZ-Häftlinge, die aus dem KZ Ravensbrück der Universelle "zur Verfügung gestellt" wurden. Ihr Lager befand sich auf der Flora-Straße. Streng bewacht und nur mit so viel versorgt, dass sie arbeiten konnten, mussten sie für die Universelle schuften. Ob sie überlebten, war egal. Im Gegenteil, der menschenverachtende Umgang mit ihnen schloss sogar ein, sie "durch Arbeit zu vernichten". Auch verhaftete deutsche Frauen befanden sich unter den KZ-Häftlingen. Überlieferte Briefe beschreiben, wie die "modernen Sklaven" behandelt wurden. In einem Brief ist zu lesen: "Die Behandlung und das Essen waren im KZ besser".

Doch nicht nur in der Universelle wurden Zwangsarbeiter ausgebeutet. Fast in allen großen Betrieben waren sie zu finden: in dem Zeiss/Ikon/Goehlewerk, bei Radio Mende, in der Lorenz AG, bei Seidel & Naumann, aber auch in der Zigarettenindustrie, in Lebensmittelbetrieben, ja selbst bei der Friedhofsverwaltung und im Zoo.

Was die Zwangsarbeiter aushalten mussten, war unterschiedlich. Oft hatte es auch etwas mit der Arbeit zu tun, zu der sie gezwungen wurden. So hatten diejenigen, die beispielsweise im Zoo unterkamen, noch Glück im Unglück. Schon durch das Aufgabengebiet wurden sie hier noch weitgehend menschlich behandelt. Da sah es in anderen Einrichtungen ganz anders aus. Im Betrieb der Miag Zschachwitz befanden sich zu Ende des Krieges 1044 KZ-Häftlinge. Ausgewählten Meistern waren hier sogar Pistolen ausgegeben worden, um Revolten zu verhindern. Wie sie mit dieser Macht in den Händen die Häftlinge behandelten, kann man sich vorstellen.

Dem Sachsenwerk war sogar ein sogenanntes Arbeitserziehungslager zugeordnet. Es befand sich in Radeberg. Mit "Arbeitserziehungslager" (AEL) wurde bedroht, "wer die Arbeit niederlegt, andere Arbeiter aufhetzt, die Arbeitsstelle eigenmächtig verlässt". Die Gestapo-Willkür reagierte dabei auch gern auf Anzeigen und Denunziationen von Arbeitgebern und Behörden. In diesen Lagern waren die Inhaftierten sehr häufig KZ-ähnlichen Bedingungen ausgesetzt, wie viele Schilderungen in Anträgen auf Zwangsarbeits-Zahlungen zeigen. Es gab sehr viele Todesfälle. Wer überlebte, trug häufig körperliche Dauerschäden und psychische

Traumatisierungen davon.

In Dresden sollen nach einem Polizeibericht vom Frühjahr 1946 insgesamt 32000 Zwangsarbeiter beschäftigt gewesen sein, davon waren 24000 Personen namentlich erfasst. Viele Unterlagen verbrannten im Februar und April 1945. Anzunehmen ist aber auch, dass Unterlagen vernichtet wurden. So waren die Angaben nach dem Krieg sehr unterschiedlich. Umso bedeutender ist eine Recherche des Stadtarchivs Dresden, bei der aus Lohnlisten über 3000 Zwangsarbeiter namentlich ermittelt wurden. Dadurch konnte einigen ehemaligen Zwangsarbeitern geholfen werden, die für die Entschädigung ihre Arbeit in einem der Dresdner Betriebe nachweisen mussten.

Zu viele sahen weg

Natürlich versuchte der eine oder andere Dresdner, den Zwangsarbeitern in seinem Betrieb zu helfen. Sei es ein Stück Brot, was zugesteckt, ein Brief, der herausgeschmuggelt wurde. Und dies, obwohl auf jede dieser humanen Handlungen schwerste Strafen standen. Viele Dresdner aber ließen sich davon einschüchtern – und einige verdrängten das Ganze einfach. Vielleicht bis heute.

Vortrag "Zwangsarbeiter in Dresden",

10. Februar, 19 Uhr, Dresden Buch in der QF Passage (an der Frauenkirche);

Zum Thema "Zwangsarbeiter in Dresden" gibt auch die Dauerausstellung des Dresdner Stadtmuseums im Raum "Demokratien und Diktaturen" Auskunft, http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Schuften_bis_zum_Tod/articleid-2979935

Gedenkgang, Kerzenmeer und Menschenkette zum 13. Februar

Die Dresdner erinnern an die Opfer der Bombennacht. Doch es ändert sich diesmal einiges.

Am Jahrestag der Zerstörung Dresdens sollen im Gedenken an die Opfer neue Akzente gesetzt werden. Auf dem Heidefriedhof steht die 2010 errichtete Skulptur "Trauerndes Mädchen am Tränenmeer" im Mittelpunkt. An ihr beginnt am 13. Februar um 15 Uhr ein stiller Gedenkgang über das Rondell zur Gedenkmauer. Um 17 Uhr soll sich die Menschenkette formieren und sich symbolisch als schützendes Band um das Zentrum legen. Die Kette soll sich, begleitet vom Läuten der Kirchenglocken, um 18 Uhr schließen und in Stille verharren. Den ganzen Tag lang soll auf dem Neumarkt ein Meer aus 10000 Kerzen entstehen, das sich zum Bild einer großen Kerze fügt. Hier kann jeder Kerzen entzünden. Die Gedenkworte bei den Veranstaltungen wird der Erste Bürgermeister Dirk Hilbert (FDP) sprechen. Da Oberbürgermeisterin Helma Orosz erst Anfang März ins Amt zurückkehrt, nimmt sie privat am Gedenken teil.

Die Polizei hat für die Einsätze rund um den Jahrestag ein Info-Telefon unter 4833000 eingerichtet. Es ist ab Mittwoch von 10 bis 18Uhr, am 13. und 18.2. von 8 bis 20 Uhr besetzt. Darüber hinaus können an die Polizei unter der E-Mail-Adresse 13.februar@polizei.sachsen.de Anfragen gestellt werden. (SZ/dek/lex)

Dresdner Neueste Nachrichten

Bundestagsabgeordnete rufen Migranten zu Demonstration gegen Neonazis in Dresden auf

dpa

Berlin. Türkischstämmige Bundestagsabgeordnete von SPD, Grünen und Linken haben speziell Migranten aufgerufen, an geplanten Blockaden gegen Neonazi-Aufmärsche in Dresden Mitte Februar teilzunehmen. Aydan Özoguz (SPD) sagte am Montag in Berlin: "Hier müssen alle Demokraten zusammenstehen. Alle Parteien, aber auch alle Bürgerinnen und Bürger müssen ein deutliches Zeichen setzen." Sevim Dagdelen (Linke) erklärte: "Wir wollen die türkischsprachige Gemeinschaft dazu aufrufen zu kommen."

Rechtsextremisten wollen am 13. Februar - dem 67. Jahrestag des Bombeninfernos von 1945 - in Dresden marschieren. Das will ein Organisationsbündnis mit Blockaden verhindern. Anzeichen, dass ein weiterer Neonazi-Aufmarsch am 18. Februar nicht stattfinden werde, sollten Demonstranten nicht als falsches Signal verstehen, warnten die Abgeordneten, zu denen auch Memet Kilic (Grüne) gehört. Neonazis hatten den angemeldeten Termin wieder zurückgenommen. Die Abgeordneten werteten das als Taktik.

© DNN-Online, 06.02.2012, 13:53 Uhr http://www.dnn-

online.de/dresden/web/regional/politik/detail/-/specific/Bundestagsabgeordnete-rufen-Migranten-zu-Demonstration-gegen-Neonazis-in-Dresden-auf-3227231864

Bündnis Dresden-Nazifrei lädt am 13. Februar zum Mahngang ein - mit Fokus auf die Täter des NS-Regimes

Catrin Steinbach / sl

Dresden. Am 13. Februar gedenken die Dresdner der Zerstörung ihrer Stadt im Jahr 1945. Das "Bündnis Nazifrei! - Dresden stellt sich quer", in dem sich die SPD-Jugend, die Linken, die Grünen, Gewerkschaften und diverse Gruppen der Antifa-Szene engagieren, will mit einem Rundgang durch die Stadt die Aufmerksamkeit auf die Vorgeschichte dieses Tages lenken.

"Uns geht es darum, den Mythos 'Unschuldiges Dresden" in Frage zu stellen. Anhand von Fakten wollen wir deutlich machen, dass Dresden sehr wohl in das Herrschaftssystem der Nazis eingebunden war", betont Dieter Gaitzsch, Mitglied der Partei Die Linke. "Dresden war die letzte noch intakte Garnisonsstadt. Hier wurden der Volkssturm und Luftwaffenhelfer ausgebildet. Dresden diente als wichtiger Verkehrsknotenpunkt zur Versorgung der Ostfront und über die Stadt lief die Deportation von Menschen. Des Weiteren gab es hier 14 oder 15 Industriestandorte, die für die Rüstung produzierten."

Der Rundgang "Täterspuren" beginnt am 13. Februar, 13 Uhr, am Comeniusplatz, ist etwa 6,5 Kilometer lang und führt bis zum Dresdner Hauptbahnhof. Erste Station ist

die Villa des ehemaligen NSDAP-Gauleiters und sächsischen Ministerpräsidenten Martin Mutschmann an der Comeniusstraße 32. "Die meisten wissen heute gar nicht mehr, wer Mutschmann war und welche Rolle er zur Nazizeit spielte", argumentiert Andreas Kahrs vom Bündnis Nazifrei. "Mutschmann, der den Bau von Luftschutzkellern in Dresden vernachlässigte, für sich selbst aber in der Comeniusstraße einen Privatbunker errichten ließ, war u.a. einer der Protagonisten der Judenverfolgung in Dresden", weiß Henning Obens vom Bündnis Nazifrei, nach eigenen Angaben Historiker und Politologe.

Eine zweite "Täterspur" zeigt das Bündnis Nazifrei! an der Güntzstraße. Dort stand bis 1945 das Altersheim "Henriettenstift" der jüdischen Gemeinde. "Hier begann 1942/43 der Leidensweg jüdischer Menschen, der im Vernichtungslager Theresienstadt endete", ist auf einer Gedenktafel zu lesen. Weitere Stationen werden am 13. Februar der einstige Standort des Landgerichtsgefängnisses Mathildenstraße, die Synagoge, das Polizeipräsidium Schießgasse, das Hygienemuseum und die Bayrische Straße am Hauptbahnhof sein, wo sich einst das Gestapo-Hauptquartier befand.

Die Organisatoren rechnen am 13. Februar mit 500 Teilnehmern an ihrer Veranstaltung, die kein Stadtrundgang im herkömmlichen Sinn sein wird. "Wir haben den Rundgang als Demonstration angemeldet. Ein Lautsprecherwagen wird die Teilnehmer begleiten. Mit diesem fahren Schauspieler, die an den einzelnen Stationen Texte vortragen", so Andreas Kahrs. 2011 war die Demo nicht genehmigt worden, in diesem Jahr gab die Stadt grünes Licht. "Wir sind noch dabei, die Unrechtmäßigkeit des Verbotes im vergangenen Jahr juristisch feststellen zu lassen. Denn das ist wichtig für weitere Aktivitäten", gibt sich Kahrs kämpferisch. Am 13. Februar 2011 hatten sich trotz Verbot rund 500 Personen am Comeniusplatz zu einer Spontankundgebung eingefunden. Eine kleine Gruppe lief anschließend von der Polizei unbeachtet den Mahngang ab. Lediglich der Weg zur letzten geplanten Station am Hauptbahnhof war den Teilnehmern verwehrt worden.

© DNN-Online, 06.02.2012, 09:58 Uhr http://www.dnn-online.de/dresden/web/regional/politik/detail/-/specific/Buendnis-Dresden-Nazifrei-laedt-am-13-Februar-zum-Mahngang-ein-mit-Fokus-auf-die-Taeter-des-NS-Systems-966098471

Rechtsextreme verteilen Puppen mit "Dresden 1945"-Aufschrift in Berlin dbr

Berlin/Dresden. Am Freitag haben mutmaßlich Rechtsextreme in Berlin mindestens acht menschengroße Puppen in verschiedenen Stadtbezirke und Züge gelegt. Sie trugen Pappschilder mit Aufschriften wie "Dresden 1945" und "Bombenterrer", wie der Berliner Verfassungsschutz mitteilte. Die Puppen waren in Overalls eingekleidet und trugen weiße Masken, wie sie unter anderem beim illegalen Nazi-Aufmarsch in Stolpen verwendet wurden. Beamte der Bundespolizei und Anwohner hätten die Figuren gefunden, teilte eine Mitarbeiterin auf Anfrage am Montag mit.

Das Amt betrachtet die Aktion als Werbung für den geplanten Aufzug von Rechtsextremisten am 13. Februar in Dresden, die am 67. Jahrestag der Bombardierung einen Aufzug angekündigt haben. Die Verfassungsschützer

vermuten zwei rechtsextreme Netzwerke aus Berlin hinter der Aktion und gehen davon aus, dass weitere Aktionen dieser Art folgen könnten.

© DNN-Online, 06.02.2012, 13:14 Uhr http://www.dnn-online.de/dresden/web/dresden-nachrichten/detail/-/specific/Rechtsextreme-verteilen-Puppen-mit-Dresden-1945-Aufschrift-in-Berlin-546197350

BILD, Ausgabe Dresden

Polit-Touristen am 13. Februar – Wer hat die denn eingeladen? Sie haben wohl zu Hause keine Probleme und wollen sich um Dresden sorgen Von Martina Krutz und Luisa Schlitter

Dresden/ Jena – Die haben in Thüringen wohl keine eigenen Probleme. Gleich drei sozialdemokratische Polit-Promis aus der Staatsregierung haben angekündigt, zum Antinazi-Demonstrieren nach Dresden zu pilgern!

Erst letzte Woche versprach Astrid Rothe-Beinlich (38), grüne Vizepräsidentin des Thüringer Landtages, ihr Kommen. Sie sagte: "Möglichst viele sollen aich an der Menschenkette und Naziblockade beteiligen." (BILD berichtete.)

Nun reisen auch Kultusminister Christoph Matschie (50, SPD), Sozialministerin Heike Taubert (53, SPD) und Wirtschaftsminister Matthias Machnig (51, SPD) aus Erfurt an.

Was genau die Herrschaften dann in Dresden machen wollen, steht noch nicht fest. Soll sich aber laut Mitarbeitern im Lauf der Woche klären.

Der Sprecher von Wirtschaftsminister Machnig: "Der 13. Februar ist noch nicht komplett durchgeplant, weil wir an diesem Datum unsere Erneuerbare-Energie-Tagung in Weimar haben." Aber der Minister will laut "Ostthüringer Zeitung" nach Dresden fahren.

Kultusminister Matschie wolle zur großen Demo, an der auch Sigmar Gabriel (52) teilnimmt, heißt es in Erfurt. Seine Begründung: "Es ist mir wichtig, im Lichte der gegenwärtigen Diskussionen und der Gewalt ein Signal der Demokratie entgegenzusetzen."

Falls es Sie interessiert, liebe Thüringer Politiker: Die Dresdner wollen ganz in Ruhe der Opfer der Bombennacht vom 13. Februar gedenken...

Hier trainieren die Linken Blockieren

Dresden – Was für ein kleines Häuflein. Mit großem Tamtam wurde für gestern Blockadetraining im Haus der Gewerkschaften angekündigt.

Auch Deutschlands Linkspartei-Chefin. Gesine Lötzsch (50), reiste an, um zu proben, was verboten ist. Nämlich am 13. und 18. Februar Straßen zu blockieren. Ganze neun setzten sich dann im gut beheizten Gewerkschaftssaal in Pose.

Morgenpost, Ausgabe Dresden

Auf den Spuren der Täter – Das sind die Orte des braunen Terrors in Dresden Von Christian Hellermann

"Das sind Geschichtssplitter, die sonst verschüttet werden", sagt Andreas Kahrs (31). Er will nicht nur den 13. Februar, sondern auch die Vorgeschichte beleuchten – mit einem Rundgang zu Orten, die an die Täter im Nationalsozialismus erinnern sollen.

Es sieht aus wie viele andere Häuser in Dresden. Anwalt, Physiotherapie und Finanzfirma haben ihren Sitz in dem Gebäude an der Comeniusstraße. Doch in dieser Villa lebte einer der mächtigsten Nazis Sachsens. NS-Gauleiter Martin Mutschmann war berüchtigt, wurde sogar von Propaganda-Minister Joseph Goebbels als "Fanatiker" bezeichnet. "Mutschmann hat dafür gesorgt, dass in Sachsen überproportional viele Juden verfolgt wurden", sagt Henning Obens (32), Historiker beim "Bündnis Nazifrei". Wie die Mutschmann-Villa gibt es in Dresden einige Orte, wo Nationalsozialisten wüteten.

Widerständler, darunter viele Tschechoslowaken kamen in das Gefängnis "Mathildenstraße", wurden verhört und gefangen gehalten. "Etwa 1300 wurden verurteilt und am Münchner Platz hingerichtet", sagt Andreas Kahrs, der den Rundgang organisiert. Staatlicher Terror erlebten auch Gefangene der Gestapo in der Schießgasse, wo heute das Polizeipräsidium ist. So starb Heinrich Conradi unter ungeklärten Umständen 1943 in seiner Zelle – nicht der einzige Fall.

Im Alltag wurden Juden diskriminiert. Sie mussten Zwangsarbeit leisten, wie in der Kartonagenfabrik Adolf Bauer an der heutigen Zirkusstraße. In der Reichspogromnacht 1938 brannte die Synagoge lichterloh. "Dann wurde die jüdische Gemeinde aufgefordert, die Sprengung zu bezahlen", sagt Kahrs.

Die Erinnerung an Antisemitismus, Rassenwahn oder Zwangsarbeit komme im Gegensatz zur Zerstörung der Stadt zu kurz, findet Kahrs. "Die Geschichte der Stadt ist nicht ohne Tätergeschichte zu sehen." Der Rundgang startet am Montag, den 13. Februar, um 13 Uhr am Comeniusplatz. Schauspieler lesen Texte an den einzelnen Stationen vor.

Mitteldeutscher Rundfunk

"Dresdner Reden" 2012: Frank Richter: Dresden erlebt neue politische Kultur

Im Dresdner Schauspielhaus ist am Sonntag die Veranstaltungsreihe "Dresdner Reden" eröffnet worden. Zum Auftakt der fünfteiligen Reihe stellte der Theologe Frank Richter das Gedenken um den 13. Februar in Dresden in den Mittelpunkt. In seinem Vortrag, der unter dem Titel "Demokratisch für die Demokratie streiten. Der 13. Februar in Dresden" stand, sprach Richter von einer neuen politischen Kultur in der Landeshauptstadt.

Appell zu friedlichem Protest

Nach Ansicht Richters sieht sich Dresden vor dem 67. Jahrestag seiner Zerstörung auf dem Weg zu einem neuen demokratischen Verständnis. Erstmals sei es gelungen, Gedenken und zugleich friedlichen Protest gegen geplante Aufmärsche von Neonazis gemeinsam vorzubereiten. Richter rief sein Publikum und alle anderen Dresdner auf, dem Vorschlag der städtischen Arbeitsgruppe "13. Februar" zu folgen: "Bilden Sie am 13. Februar gemeinsam eine Menschenkette und nehmen Sie an der politischen Kundgebung am 18. Februar und an der sich anschließenden Kundgebung möglichst zahlreich teil", appellierte Richter. Er hatte in den vergangenen Monaten gemeinsam mit allen im Stadtrat vertretenen Parteien und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen die Veranstaltungen rund um den Jahrestag der Zerstörung Dresdens vorbereitet.

Nicht mit im Boot ist allerdings das Bündnis "Dresden Nazifrei". Dieses hat erneut zu Blockaden gegen mögliche Aufmärsche der Rechtsextremen aufgerufen. Frank Richter zeigte sich tolerant: "Die AG und das Bündnis verfolgen unterschiedliche Ziele", sagte er dem SACHSENSPIEGEL. "Das Bündnis will rechtsextremistische Demos verhindern, die AG will dagegen protestieren. Hinsichtlich dieser Ziele sehen sich beide nicht in einer politischen Gegnerschaft. Die Gegner sind ganz andere." Wie viele Demonstrationen der Rechtsextremen in diesem Jahr in Dresden stattfinden, ist derzeit noch unklar. Bisher liegt nur eine Anmeldung für den 13. Februar vor. Eine für den 18. Februar geplante Rechten-Demo wurde inzwischen abgesagt.

Erstmals gemeinsames Thema

Die "Dresdner Reden" gibt es seit 1992. Zahlreiche Politiker und Kulturschaffende haben sich seitdem zu einem von ihnen frei gewählten Thema geäußert, unter anderen Fritz Pleitgen, Jan Philipp Reemtsma oder Dieter Wedel. Angesichts der jüngsten Ereignisse um die Zwickauer Terrorzelle wurde in diesem Jahr erstmals ein gemeinsames Thema festgelegt. Alle Gäste sind aufgefordert, sich mit den Themen Extremismus und Gefährdung der Demokratie auseinanderzusetzen. An den vier kommenden Sonntagen werden Deutschlands ehemaliger Innenminister Gerhart Baum, Regisseur und Drehbuchautor Andres Veiel, Schriftsteller Ingo Schulze und Lyrikerin Ines Geipel erwartet.

Zuletzt aktualisiert: 05. Februar 2012, 21:52 Uhr http://www.mdr.de/sachsen/dresdner-reden100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html

Theologe Frank Richter hält erste Dresdner Rede – Audiobeitrag MDR 1 Radio Sachsen

http://www.mdr.de/mdr1-radio-sachsen/audio170088.html

Demokratisch für die Demokratie streiten – Videobeitrag Sachsenspiegel http://www.mdr.de/sachsenspiegel/video38084.html

Rechtsextreme machen Rückzieher: Offenbar kein Neonazi-Aufmarsch am 18. Februar in Dresden

Der befürchtete Großaufmarsch von Rechtsextremen am 18. Februar in Dresden findet offenbar nicht statt. Ein Sprecher der Stadtverwaltung erklärte am Freitag, die "Junge Landsmannschaft Ostdeutschland" habe ihre Anmeldung für eine

Kundgebung zurückgezogen. Auch andere Anmeldungen aus dem rechtsextremen Lager gebe es für diesen Tag nicht. Eine endgültige Entwarnung, dass die Neonazis von der Großkundgebung absehen, will die Stadt aber noch nicht geben. "Das kann sich jederzeit ändern", sagte der Stadtsprecher. Da Versammlungen bis zu 48 Stunden vor dem Termin angemeldet werden könnten, müsse jederzeit damit gerechnet werden, dass sich die Lage ändere.

Aufmarsch am 13. Februar findet statt

Der rechtsextreme Aufmarsch am 13. Februar, dem eigentlichen Jahrestag der Zerstörung Dresdens, findet dagegen statt. Laut Stadtverwaltung hat eine Privatperson, die zur rechtsextremen Szene gehört, für diesen Tag eine Veranstaltung angemeldet. Auch die geplanten Gegendemonstrationen an beiden Tage soll es geben. Am 13. Februar wird um die Dresdner Altstadt eine Menschenkette gebildet. Fünf Tage später ist eine Großkundgebung mit 10.000 Menschen geplant.

Nach Einschätzung des sächsischen Verfassungsschutzes ist es noch unklar, wie sich die Neonazi-Demo am 13. Februar mit schätzungsweise 1.000 bis 2.000 Teilnehmern gestalten wird. Es wäre auch noch nicht abzusehen, wie die rechtsextremistische Szene auf eine mögliche Behinderung ihres sogenannten Trauermarsches regieren werde, erklärte das Landesamt. Es könne dann außerhalb Dresdens - eventuell im gesamten Bundesgebiet - zu nicht angemeldeten Demonstrationen kommen. Konkrete Planungen wären jedoch nicht bekannt.

"Großartiger Erfolg"

Der Landesvorsitzende der sächsischen Linken, Rico Gebhardt, wertet die vorläufige Absage als "großartigen Erfolg" aller demokratischen Kräfte. Dennoch sollten am 18. Februar möglichst viele Menschen in Dresden auf die Straße gehen "und Gesicht zeigen gegen möglicherweise doch anreisende Neonazis", sagte Gebhardt. Auch am 13. Februar sollten die Dresdner den Rechtsextremen friedlich und entschlossen entgegen treten.

Anlass für die Aufmärsche der Rechtsextremen sind die alliierten Luftangriffe vom 13. bis 15. Februar 1945. Seit Jahren versuchen Neonazis, die Trauer um die Toten für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen. In der Vergangenheit kamen jedes Jahr bis zu 6.500 Neonazis aus ganz Europa nach Dresden. Seit zwei Jahren werden die Aufmärsche durch Gegendemonstranten blockiert, auch in diesem Jahr sind Blockaden geplant.

Zuletzt aktualisiert: 03. Februar 2012, 21:06 Uhr http://www.mdr.de/sachsen/dresden/aufmarsch-abgesagt100_zc-cf5ff0a4_zs-6689deb8.html

Naziaufmärsche am 18. Februar in Dresden abgesagt – Audiobeitrag MDR 1 Radio Sachsen

http://www.mdr.de/mdr1-radio-sachsen/audio168550.html

Rechtsextreme sagen Demo am 18. Februar in Dresden ab - Videobeitrag Sachsenspiegel http://www.mdr.de/sachsenspiegel/video37848.html